



Kreisverband Kiel

Alternative

für
Deutschland

AfD Kreisverband Kiel

27. März 2015

Alternative für Deutschland, Kreisverband Kiel •
Walkerdamm 1 • 24103 Kiel

Landeshauptstadt Kiel
Oberbürgermeister
Dr. Ulf Kämpfer
Fleethörn 9
24103 Kiel
Ulf.Kaempfer@kiel.de

als öffentlicher Brief

Nachrichtlich:

Vorstand der Stadtwerke Kiel
Frank Meier, frank.meier@stadtwerke-kiel.de
Dr. Jörg Teupen, joerg.teupen@stadtwerke-kiel.de

Geschäftsführung des Gemeinschaftskraftwerks Kiel
Matthias Brock, Hans-Dieter Nehrhoff
sekretariat@gkk-kiel.de

Deutscher Mieterbund Kieler Mieterverein e.V.
Jochen Kiersch, Uwe Lindemann, Karlheinz Springmann
info@kieler-mieterverein.de

IHK zu Kiel, Dipl.-Ing. Peter Mazurkiewicz
mazurkiewicz@kiel.ihk.de

Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer-
verein von Kiel und Umgegend e.V.
Götz Bormann, Wilhelm Tischendorf
info@haus-und-grund-kiel.de

SPD-Ratsfraktion, spd-ratsfraktion@kiel.de
CDU-Ratsfraktion, cdu-ratsfraktion@kiel.de
Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, b90-gruene-ratsfraktion@kiel.de
FDP-Ratsfraktion, fdp-ratsfraktion@kiel.de
Ratsfraktion Die Linke, ratsfraktion-dielinke@kiel.de
SSW-Ratsfraktion, ssw-ratsfraktion@kiel.de

Kieler Nachrichten
Jörn Genoux, servicezentrale@kieler-nachrichten.de

**Kieler Energiepolitik auf Kosten der Fernwärmekunden? - Der Kreisverband
Kiel der AfD fordert den Dialog mit den betroffenen Kieler Fernwärmekunden**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Kämpfer,

mit großer Sorge begleitet der energiepolitische Arbeitskreis der AfD in Kiel die Diskussion um den Ersatz des Kohlekraftwerkes und den Rückkauf der Stadtwerke-Anteile. Dabei geht es um sehr viel Geld, das die Stadt selbst nicht hat und sich deshalb bei den Banken beschaffen möchte. Allein für den geplanten Gasmotorenpark mit 20 Blöcken als Ersatz für das aus politischen Kohleausstiegszielen unerwünschte Gemeinschaftskraftwerk Kiel wären mindestens 200 Millionen Euro aufzubringen. Doch um diese Summe finanzieren zu können, müßte man zunächst die Mehrheit an den Stadtwerken Kiel von der MVV Energie AG aus Mannheim zurück erwerben. Denn die Mannheimer sehen keinen wirtschaftlichen Sinn in der Kieler Energiepolitik und lehnen Investitionen in den Kraftwerksneubau ab. Und ohne die Stadtwerke Kiel als Vertriebspartner finanziert keine Bank einen Kraftwerksneubau, der vielleicht am Ende überhaupt nicht in das Kieler Fernwärmenetz angeschlossen ist. Also kommen noch 197 Millionen Euro für den Rückkauf der Stadtwerke-Anteile hinzu. Da wirken die 18,5 Millionen für einen Wärmespeicher zur Optimierung der Auslastung des geplanten Gasmotorenparks wie die berühmten peanuts und man hat mit dem Bau des Speichers und der Gasanbindung schon mal angefangen, obwohl die Gesamtinvestition vertraglich nicht abgesichert und schon gar nicht finanziert ist. Also wer soll am Ende die 420 Millionen Euro bezahlen?

Der Strommarkt ist liberalisiert. Die Stromkunden kaufen dort, wo der Preis günstig ist, werden sich also ungern an den Kosten der Kieler Energiewende beteiligen. Verfügbar sind die rund 70.000 Fernwärmekunden, die in eine stabile Fernwärmepolitik der Kieler Stadtwerke vertraut haben. Stabil sind die Fernwärmepreise in Deutschland aber nicht mehr, auch nicht in Kiel, wo das Kohlekraftwerk abgeschrieben ist und technisch noch weitere 10 Jahre betrieben werden kann. Weil für die Energiewende der Strommarkt mit Wind- und Solarstrom geflutet wird, brechen die Gewinne der Stadtwerke im Stromsektor ein. Neue moderne Gaskraftwerke werden stillgelegt, notwendige Ersatzinvestitionen zurückgestellt und einige Stadtwerke in Deutschland mußten sogar schon Konkurs anmelden. Die kommunalen Stadtwerke investieren derzeit mit großer Zurückhaltung und sind froh, wenn sie ihre Bestandsanlagen noch so lange weiter betreiben können, bis die vom Bundeswirtschaftsminister Gabriel geforderte Marktberreinigung überflüssiger Kraftwerkskapazitäten gelungen ist und sich Investitionen in Kraftwerke wieder lohnen.

Unabhängig von diesen energiewirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen möchte die Kieler Kommunalpolitik aus der bislang sauberen und umweltfreundlichen Kraft-Wärme-Kopplung auf Kohlebasis aussteigen und auf Erdgas umstellen, um die Kieler CO₂-Bilanz zu verbessern und die Energiewende lieber heute als morgen umzusetzen. Also bittet man die Kieler Wärmekunden, die sich für Fernwärme als effiziente Energiedienstleistung entschieden haben, für die Beschleunigung ganz besonders zur Kasse.

Die großen privaten Fernwärmekunden, aber auch öffentliche Betriebe wie UKSH und CAU sehen diese drohende Zahlungsaufforderung voraus und haben Pläne aufgestellt, sich ganz unsolidarisch aus dem Fernwärmeverbund zu verabschieden und ihren Strom- und Wärmebedarf mit eigenen Kraftwerken zu decken. Natürlich bleiben diese Großkunden am Netz angeschlossen, um weiterhin die daraus resultierende Versorgungssicherheit und Abdeckung von Lastspitzen zu genießen.

Die Stadtwerke Kiel haben diesen Trend erkannt und versuchen, mit neuen Preisstrukturen die Großkunden im Netz zu halten. Dazu werden den Großkunden satte Rabatte eingeräumt und die Kleinkunden mit Preissteigerungen um bis zu 56 % zur Kasse gebeten. Es zeichnet sich heute schon ab, wer die Rot-Grüne Energiepolitik bezahlen wird. Selbst wenn rein hypothetisch alle 70.000 Kunden weiterhin Fernwärme beziehen wollten oder müssten, wären es immerhin 6.000 Euro für jede einzelne Wohneinheit. Das ist eine Summe, die sicherlich nicht alle Haushalte aufbringen können oder wollen. Es trifft Berufstätige, aber auch die Sozialkasse der Landeshauptstadt Kiel, also den Steuerzahler und damit auch wieder die Fernwärmekunden. Wie teuer die Rechnung für die Kieler Fernwärmekunden in den kommenden Jahren noch wird, traut sich niemand zu sagen.

Sicher ist, jeder Fernwärmekunde, der die Möglichkeit hat, sich unabhängig zu machen, wird aus dem Verbund aussteigen. Neubaugebiete anzuschließen oder neue Kunden für die Fernwärme zu gewinnen, um die Kosten für Kraftwerks- und Netzbetrieb auf möglichst viele Schultern zu verteilen, wird nicht oder nur unter Zwang möglich sein. Die Vorteile der Fernwärme werden verspielt, langfristig wird diese umweltfreundliche Idee der gemeinsamen Wärmeversorgung in Kiel aussterben. Was diese Entwicklung für die verbleibenden Fernwärmekunden bedeutet, kann man mit Hilfe der genannten Zahlen abschätzen.

Der kommunalpolitische Arbeitskreis im Kreisverband Kiel der AfD erwartet angesichts der Dimensionen und der Betroffenheiten vom Oberbürgermeister der Stadt Kiel, sich an die Seite der Kieler Fernwärmekunden zu stellen und sich für ein faires und gerechtes Preissystem einzusetzen. Bei grundsätzlicher Neuausrichtung unserer städtischen Energieversorgung wie Kraftwerksneubauten oder Rückkauf der Mehrheitsbeteiligung müssen die Bürger umfassend informiert und beteiligt werden.

Der AfD Kreisvorstand Kiel fordert schnellstmöglich einen breiten öffentlichen Dialog an einem runden Tisch mit den Vertretern der Stadtwerke, des GKK, der Stadt Kiel, den energiepolitischen Sprechern der Fraktion im Kieler Rathaus und vor allem den betroffenen Kieler Fernwärmekunden. Die Fernwärme soll für den Bürger da sein und nicht der Bürger für die Fernwärme.

Mit freundlichen Grüßen

Der Kreisvorstand